

		Mehrstellen				Begründung	Stellenbesetzung zum 28.02.2025 ja/nein?	Wie viele der Aufgaben, die aus den nicht besetzten Stellen hätten erledigt werden sollen, wurden nicht oder nicht umfänglich abgearbeitet?
TH	Fachbereich	Stellen-anteil	Zugang	Stellen-anteil	Abgang			
1	Steuerung	1,00	EG 10			zentrale Stelle für Kommunalforschung und Statistik - Personalbedarf für Verwaltung der Datenbank, Datenstrukturen, Raumauswertungen und Implementierung von Web-Anwendungen	Stelle wurde erfolgreich ausgeschrieben und wird zeitnah besetzt.	Alle für die Stelle vorgesehenen Aufgaben (siehe Spalte Begründung) werden nach Dringlichkeit und nicht vollumfänglich abgearbeitet.
1	Steuerung	1,00	EG 9b			Personalbedarf im Fachdienst Politische Steuerung und Krisenmanagement	73 % der Vollzeitstelle	Die Aufgaben der 27% nicht besetzten Stelle (Mitwirkung im Verwaltungsstab) müssen von Kolleg*innen zusätzlich bearbeitet werden.
1	Steuerung	0,50	EG 10			Personalentwicklung - Personalbedarf aufgrund der gestiegenen Anzahl an MA. Die Weiterentwicklung der konzeptionellen, strategischen und persönlichen Dimension der Personalentwicklung ist mit der momentanen Besetzung (insgesamt eine Vollzeitstelle) nicht leistbar	54 % der halben Stelle	Die Aufgaben der mit 46 % nicht besetzten Vollzeitstelle (Angebote zur Personalentwicklung aller Beschäftigten) können nicht bearbeitet werden.
		2,50						
1	Personal und Recht	1,00	EG 9c			Personalstelle - Personalbedarf aufgrund steigender Anzahl an Mitarbeiter*innen und Stellenbesetzungsverfahren. Derzeit muss eine Vollzeitkraft 225 Mitarbeiter*innen betreuen zzgl. der Stellenbesetzungsverfahren und weiterer Sonderaufgaben (z.B. Fahrradleasing). Die Anzahl der Mitarbeiter*innen nimmt ständig zu, ein noch höherer Fallzahlschlüssel ist nicht vertretbar	besetzt	./.
1	Personal und Recht	3,00	EG 9a			Traineeprogramm für Quereinsteiger	nicht besetzt	Konzept "Traineeprogramm" wurde erst einmal zurück gestellt
		4,00						
1	Finanzmanagement	0,13	EG 7			Fachdienst Internes Rechnungswesen Notwendige Stundenerhöhung, um die zusätzlichen Aufgaben (Zuarbeit), die durch die Angliederung des Controllings und des Liquiditätsmanagements an das Finanzmanagement entstanden sind, erledigen zu können.	nein	Aktuell besteht bei den Kolleginnen kein Wunsch nach Aufstockung der Arbeitszeit. Die anfallenden Aufgaben sind im Team verteilt.
1	Finanzmanagement	1,00	EG 9a			Fachdienst Vollstreckung Begleitung und Überwachung der Insolvenzverfahren Bearbeitung und Überwachung der niedergeschlagenen Forderungen	ja	
1	Finanzmanagement	1,00	EG 10			Fachdienst Externes Rechnungswesen Sachgebietsleitung Zahlungsverkehr lt. vorliegender Organisations-Untersuchung	nein	Stelle wurde zum 01.03.2025 besetzt. Projektarbeit zum Thema Digitalisierung
		2,13						
1	Zentrale Dienste	1,00	EG 11			Personalbedarf im IT-Center für die Umsetzung des Digitalpaktes an Schulen (Medienpädagogik / Medienzentrum) - Refinanzierung durch Bundes- und Landesförderung (Digitalpakt) bis 31.12.2023	Nein	Zusätzliche Digitalprojekte im Schulbereich wurden aktuell nicht gestartet. Insgesamt stellt sich die Personalakquise im IT-Bereich als sehr schwierig dar

1	Zentrale Dienste	1,00	EG 11			Stabstelle Digitale Verwaltung Für die Realisierung anstehender Digitalisierungsprojekte (OZG und eGovG) und die zahlreichen damit verbundenen Aufgaben wird eine Stelle Projektmanagement Digitalisierung zur Steuerung multipler Digitalisierung-Projekte, Koordination von Prozessoptimierungen mit Fachdiensten inkl. Zielkonfliktmanagement, Anwendungsdesign und externer Kommunikationsvorbereitung benötigt. Hinzu kommen Aufgaben wie Infrastrukturprojekte, IKZ, von der Organisationsentwicklung identifizierte dringende Digi-Projekte und Digitalisierungsprojekte, die jenseits der eAkte und dem OZG liegen.	Nein	Projekte wurden nicht gestartet und teilweise auf andere Kolleg*innen zusätzlich übertragen.
1	Zentrale Dienste	1,00	EG 10			IKZ-Projekt Informationssicherheit: neue Stabstelle "interkommunale Informationssicherheitsstelle"	Nein	IKZ-Projekt im Aufbau, Besetzung im Laufe des Jahres 2025, Tätigkeiten nicht anderweitig erledigt.
1	Zentrale Dienste	1,00	EG 12			IKZ-Projekt Informationssicherheit: neue Stabstelle "interkommunale Informationssicherheitsstelle" / Leitungsstelle & Informationssicherheitsbeauftragte*r	Ja	
1	Zentrale Dienste	1,00	A12			Stabstelle Digitale Verwaltung Für die Realisierung anstehender Digitalisierungsprojekte (OZG und eGovG) und die zahlreichen damit verbundenen Aufgaben wird eine Stelle Projektmanagement Digitalisierung zur Steuerung multipler Digitalisierung-Projekte, Koordination von Prozessoptimierungen mit Fachdiensten inkl. Zielkonfliktmanagement, Anwendungsdesign und externer Kommunikationsvorbereitung benötigt. Hinzu kommen Aufgaben wie Infrastrukturprojekte, IKZ, von der Organisationsentwicklung identifizierte dringende Digi-Projekte und Digitalisierungsprojekte, die jenseits der eAkte und dem OZG liegen.	Ja	
1	Zentrale Dienste	1,00	EG 11			Sachgebiet Digitale Schule - Es ist in den nächsten Jahren die weitere Umsetzung der Digitalpaktprojekte durchzuführen und diese sind in der Folge im Hinblick auf die Entwicklungen im Schulbereich weiterzuentwickeln. (z.B. Digitalpakt 2.0)	Nein	Zusätzliche Digitalprojekte im Schulbereich wurden aktuell nicht gestartet. Insgesamt stellt sich die Personalakquise im IT-Bereich als sehr schwierig dar

1	Zentrale Dienste	10,00	EG 10		IT-Center Zusätzliche Aufgaben im OnSite-Service durch neue Projekte und Aufgaben im Bereich Digitalpakt an Schulen: ca. 3.500 Tablets für Schüler betreuen und managen; ca. 1700 Smartboards/panels in allen Klassenräumen installieren und betreuen, Ausstattung der Lehrer mit Notebook/iPad; Breitbandausbau / Internet betreuen und verwalten + Umsetzung des Digitalpaktes an Schulen - teilweise Refinanzierung durch Bundes- und Landesförderung (Digitalpakt) bis 31.12.2023 2x OSS - Im Bereich OnSiteService (OSS) schreitet die Digitalisierung im Schulumfeld weiter voran. Der Support der Schule ist daher weiterhin auszubauen. Neben dem Pädagogischen Bereich betrifft dies auch den Verwaltungsbereich (Ganztagsbetreuung) Des Weiteren ist durch den Anstieg der Mitarbeiterzahlen in der Kreisverwaltung weiterer Vorortsupport erforderlich. 1x IT-O - Im Bereich IT-Operations (IT-O) macht sich der Fachkräftemangel im Besonderen bemerkbar. Hier steigen die fachlichen Anforderungen an die Mitarbeiter. Dies betrifft u.a. die gestiegene Cyber-Bedrohungslage, daher ist die Erhöhung der IT-Sicherheit der KVGG erforderlich. Des Weiteren werden zusätzliche IT-Systeme für die Umsetzung der Digitalisierung im Landratsamt sowie für die weitere „Mobilisierung“ der IT-Anwender benötigt.	Teilweise	Insgesamt stellt sich die Personalakquise im IT-Bereich als sehr schwierig dar. Vereinzelt konnten Stellen besetzt werden. Ein Großteil der Stellen ist nach wie vor vakant aber ausgeschrieben.
1	Zentrale Dienste	1,00	EG 9b		Das Changemanagement (CM) ist weiter auszubauen. Dies betrifft den Betrieb des Change- und Release-Management, Erstellung von Abläufen zur Standardisierung von Änderungen; insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung IT-Center und Landratsamt. (z.B. DV-Flao, Förderantragsbearbeitung)	Nein	Das Changemanagement wurde aufgrund des Personalengpasses nicht weiter ausgebaut. Die zusätzlichen Tätigkeiten müssen soweit wie möglich durch das Bestandspersonal zusätzlich übernommen werden.
1	Zentrale Dienste	1,00	EG 6		SG Post-, Empfang- und Konferenzdienst Bereits gegenwärtig ist die Personaldecke im Bereich Infothek und Poststelle dünn. Viele aktuelle Mitarbeitenden sind häufiger erkrankt und haben darüber hinaus anderweitige Einschränkungen, sodass immer wieder Mitarbeitende des Fachdienstes Organisation einspringen müssen, damit die Poststelle und Infothek nicht gänzlich unbesetzt bleibt. Eine weitere Person würde hier Entlastung reinbringen und mehr Flexibilität im Personaleinsatz ermöglichen.	Ja	
		18,00					
1	Revision und Kommunalaufsicht	1,00	A 12		SG Kommunal- und Finanzaufsicht, Verbandsaufsicht, Widerspruchsbehörde und Wahlen Personalbedarf aufgrund steigenden fachliche Anforderungen und höhere Fallzahlen besonders im Bereich Finanzaufsicht und Kommunalaufsicht	Stelle wurde zum 01.12.2024 besetzt	Durch die Besetzung der Stelle können die fachlichen Anforderungen der Verbandsaufsicht nun endlich konkret angegangen werden. Auch die steigenden Fallzahlen im Bereich der Dienstaufsichtsbeschwerden können jetzt zeitnah bearbeitet werden.
		1,00					
2	Bürgerdienste	0,15	A10		Ordnungs- und Gewerberecht - Stelle soll auf Vollzeit erhöht werden	ja	entfällt, da Stellenanteil besetzt ist

2	Bürgerdienste	0,33	A10			Ordnungs- und Gewerberecht - Personalbedarf zur Erfüllung von Pflichtaufgaben / Stundenerhöhung einer Mitarbeiterin	ja	entfällt, da Stellenanteil besetzt ist
2	Bürgerdienste	1,00	EG 9b			Fahrerlaubnisbehörde Massiver Rückstand in der Eingriffsverwaltung. Es ist u. a. ein Anstieg von psychischen Auffälligkeiten und anderer Straftaten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr zu verzeichnen welche wohlmöglich mit den pandemiebedingten Gegebenheiten in Korrelation gebracht werden können. Aufgrund dieses immensen Anstiegs ist es der Eingriffsverwaltung in der jetzigen personellen Situation nicht mehr möglich jeden Einzelfall zu bearbeiten. Folglich kann die Überprüfung der Fahreignung und die daraus resultierende Sicherheit im Straßenverkehr teilweise nicht mehr gewährleistet werden. Aktuell werden Ermahnung/Verwarnung von punkteauffälligen Fahrerlaubnisinhabern massiv vernachlässigt.	teilweise	Eine Person konnte durch die freien Stellenanteile auf Vollzeit erhöhen. Alle Aufgaben (auch Ermahnungen/Verwarnungen bei Punkten) wurden zwar wieder aufgenommen, die Bearbeitungszeiten dauern jedoch deutlich länger. Restliche Stellenanteile konnten erfolgreich ausgeschrieben werden und werden voraussichtlich zum 01.06.2025 besetzt.
2	Bürgerdienste	7,00	EG 9a			Ausländerbehörde - steigende Zahlen rechtsmittelfähiger Entscheidungen sowie der aktiven Datensätze (Arbeitslaubnisprüfungen, Verlängerung Duldungen und Aufenthaltsgestattungen, Erteilung Aufenthaltstitel für Flüchtlinge, Bearbeitung von Asylnachrichten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge etc.)	2	erheblicher Anstieg der unerledigten Visaanträge und eine auf aktuell bis zu 4 Monaten angestiegende Bearbeitungsdauer
2	Bürgerdienste	3,00	A11			Ausländerbehörde - steigende Zahl rechtsmittelfähiger Entscheidungen (Ablehnung, Ausweisung, Visaverfahren, Arbeitslaubnis, Fachkräfteeinwanderungsgesetz etc.)	3	Bearbeitungsrückstand bei Aufenthaltsbeendigungen und Antragsabkehrungen auf 9 Monate angewachsen
2	Bürgerdienste	10,00	EG 11			Bauaufsicht Rückkehr vom Notfallplan in den Normalbetrieb Personalbedarf in den Bereichen Baugenehmigungen, Immissionsschutz, Denkmalschutz, wiederkehrende Prüfung Sonderbau, Bauberatung, Rechtsmittel und Grundsatz	Ja, alle 9 Stellen 1 Stelle zum 01.04.2025	1,77 Stelle Technische Sachbearbeitung (Genehmigungsverfahren) eine Neueinstellung und 0,77 Anteile Entfristung (Unterstützung der Kollegen, durch Verteilung der Bauverfahren, Überlastungsanzeigen liegt auch in diesem Bereich vor) 1,23 Stelle zur Enfristung der Stellen von weiteren Mitarbeiter*innen, bzw. konnten Aufstockung der Stundenanteilen von langjährigen Mitarbeitern vorgenommen werden 2 Stellen Immissionsschutz (Wiederaufnahme der Tätigkeit im Immissionsschutz) 2 Stellen OWI-Sachbearbeiter zur Einleitung und Bearbeitung von OWI-Verfahren (Wiederaufnahme der Tätigkeit im Bereich OWI) 2 Stellen TSB Denkmalschutz davor nur Notbesetzung (Wiederaufnahme der Tätigkeit im Denkmalschutz) 1 Stelle für Einführung des Digitalen Baugenehmigungsverfahren (DigiBauG) Die Kollegen befinden sich noch in der Einarbeitungsphase, noch kann der Normalbetrieb nicht aufgenommen werden.
2	Bürgerdienste	1,00	EG 6			Personalbedarf Fahrerlaubnisbehörde - Durch die Einführung neuer Pflichtaufgaben wie Umtauschzwang von Führerscheinen in das EU-einheitlich geltende Kartenmodell, Überprüfungen in Zusammenhang mit der Automatikprüfung sowie Teilnahme an einem Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit dem TÜV und aufgrund steigender Fallzahlen entsteht ein Mehrbedarf an Sachbearbeiterstellen.	teilweise	Personen mit befristeten Stundenanteilen konnten entfristet werden. Restliche Stellenanteile konnten erfolgreich ausgeschrieben werden und wurden zum 01.04.2025 besetzt. Pflichtumtausch erlebt kurz vor jährlichem Fristablauf im Januar sprunghaften massiven Anstieg, welcher innerhalb des Jahres wieder abnimmt. Wird konstant abgearbeitet, zieht nur deutlich längere Bearbeitungszeiten nach sich. Durch die Besetzung mit neuer Mitarbeiterin ab 01.04.2025 soll dem entgegengewirkt werden.
		22,48						
2	Gefahrenabwehr	2,00	EG 10			vorbeugender Brandschutz - Gefahrenverhütungsschau (Pflichtaufgabe nach dem HBKG); Steigerung der zu überprüfenden Objekte von 850 (2019) auf 1320 (2023) aufgrund von Neubauten sowie Digitalisierung und Umstellung auf eine Software (dadurch Zunahme der Objektzahlen)	Am 01.01.2025 und 01.03.2025 je eine Stelle besetzt	Bis zur Besetzung konnten ca. 70 Gefahrenverhütungsschauen nicht durchgeführt werden, was sich auch in der Meldung an den RP Darmstadt niederschlug und es so nur zu einem Erfüllungsgrad von 80% gekommen ist.

		2,00					
3	Bildung und Schule	1,00	EG 10			Ganztagsschule - Sachgebietsleitung für das Sachgebiet Ganztagsverwaltung (Personal, Finanzen, technischer Support Fachanwendung)	Ja -
3	Bildung und Schule	1,50	EG 10			Ganztagsschule - aufgrund der steigenden Anzahl an Betreuungskräften vor Ort, ist im Overhead eine weitere Sachgebietsleitung für die Ganztagsmitarbeiter*innen an Schulen erforderlich	Ja -
3	Bildung und Schule	1,00	EG 8			Ganztagsschule - Personalbedarf für den Bereich Personal, Finanzen und technischer Support aufgrund des Ausbaus der Ganztagschulen (ca. 200 Mitarbeiter*innen in der Ganztagsbetreuung 2023, aktuell 140) bis hin zum Rechtsanspruch 2026	Nein Stelle ist derzeit ausgeschrieben.
3	Bildung und Schule	37,00	SuE 4			Betreuung Ganztagschule - Ausbau Ganztagschule / Rechtsanspruch 2026; Refinanziert durch Drittmittel	Teils Übernahme von Mitarbeitenden im Sommer 2025 von Vereinen und Kommunen geplant; Stellenreduzierung im HH 2025 um 7 Stellen
3	Bildung und Schule	35,50	SuE 8b			Betreuung Ganztagschule / pädagogische Fachkräfte - Ausbau Ganztagschule / Rechtsanspruch 2026; Refinanziert durch Drittmittel	Teils Übernahme von Mitarbeitenden im Sommer 2025 von Vereinen und Kommunen geplant; Stellenreduzierung im HH 2025 um 24 Stellen
3	Bildung und Schule	3,00	SuE 11b			Betreuung Ganztagschule / Leitungen - Ausbau Ganztagschule / Rechtsanspruch 2026; Refinanziert durch Drittmittel	Teils Übernahme von Mitarbeitenden im Sommer 2025 von Vereinen und Kommunen geplant.
3	Bildung und Schule	6,50	S13			Betreuung Ganztagschule / Leitungen - Ausbau Ganztagschule / Rechtsanspruch 2026; Refinanziert durch Drittmittel	Teils Übernahme von Mitarbeitenden im Sommer 2025 von Vereinen und Kommunen geplant.
3	Bildung und Schule	1,00	S11b			Jugendförderung - Personalbedarf aufgrund Umsetzung der SGB VIII Reform. Durch den Auftrag u.a. der Sicherstellung einer inklusiven Jugendarbeit besteht ein hoher Beratungs-, Konzeptionierungs- und Qualifizierungsbedarf bei den Städten/Gemeinden, den freien Trägern der Jugendarbeit und den Vereinen	ja
3	Bildung und Schule	0,50	SuE 11b			FD Jugendberufshilfe, Qualifizierung und Beschäftigung Aufgrund steigender Schülerzahlen und eines wachsenden Bedarfes an Unterstützung durch "Berufswegplaner" sind zur Erfüllung der Aufgaben 1,5 Mehrstellen für päd. Mitarbeiter*innen erforderlich.	ja
3	Bildung und Schule	1,00	EG 11			FD Entwicklung und Strategie - Personalbedarf für die Bereiche Schulentwicklung (zentrale Datenbank, Statistik, Auswertungen und PrognosenLUSD), Bildungsplanung (Bildungsmonitoring, Auswertung Bildungsabschlüsse, Auswertung SuS-Ströme) und Steuerungsunterstützung (Haushaltsüberwachung, BEratung Führungsebene) sowie AQB	Nein Bildungsmonitoring und Controlling konnte noch nicht etabliert werden. Einführung einer zentralen Datenbank inkl. Auswertung ist ausgeblieben.
3	Bildung und Schule	1,00	EG 10			Entwicklung und Strategie (Schulentwicklung) - Durch die steigenden Schüler*innenzahlen im Kreisgebiet, wird eine intensivere Betrachtung der Geburtenzahlen sowie Schüler*innenströme notwendig. Diese Analysen bilden die notwendige Grundlage für den Schulbau, die Schulbauinitiative sowie den Übergang in die weiterführenden Schulsysteme. Mit der neuen Stelle soll eine regelhafte Berichterstattung etabliert werden, um den Entscheidungsträger*innen eine fundierte Informationsgrundlage geben zu können.	Nein Bildungsberichtswesen sowie die sozialräumliche Analyse und Prognose der Geburtenzahlen sowie der Schüler*innenströme konnte noch nicht etabliert werden. Einführung einer zentralen Datenbank inkl. Auswertung ist ausgeblieben

3	Bildung und Schule	6,50	EG 7		Personalausbau Schulsekretariate - Refinanzierung durch das Land. Besetzung des Schulsekretariats an der neu einzurichtenden GE-Schule sowie Aufstockung der Verwaltungsstunden nach dem Berechnungsmodell für Sekretariatsstunden bei Schulen die in den Ganztage einsteigen	teilweise	Es sind 0,9 refinanzierte Stellenanteile noch offen, für die Schulen die 2025 und 2026 in den Ganztage starten.
3	Bildung und Schule	0,50	EG 9b		Schulverwaltung - zentrale Personalverwaltung der Schulsekretär*innen, Bearbeitung Landespersonalkostenzuschüsse, schulisches Mobilitätsmanagement; refinanziert durch Landesmittel	Ja	
3	Bildung und Schule	0,25	EG 9a		Kreisjugendförderung/Jugendbildungswerk (Feriendorf Ober-Seemen) - Leitungsstelle (SGL) benötigt die Erweiterung auf ganzzahlige Beschäftigung durch eine Erhöhung von 0,75 auf 1,00 Stelle Sachgebietsleitung. Die veränderten Aufgaben als FK, ein höherer organisatorischer Aufwand vor und nach der Saison, steigende Anforderungen bzgl. Personalführung und notwendige Entlastung der FDL als Vertreter*in der SGL während der dreimonatigen Schließungszeit erfordern eine ganzzahlige Beschäftigung der SGL.	Ja	Bereits für das letzte Quartal 2024 umgesetzt
3	Bildung und Schule	1,25	EG 2		Kreisjugendförderung/Jugendbildungswerk (Feriendorf Ober-Seemen) - Mehrstelle für Reinigung und Aushilfe Küche. Aufgrund der kürzeren Belegungsdauer, der häufigen Gruppenwechsel, der gestiegenen Nachfrage, der speziellen Verpflegungswünsche (Nahrungsmittelallergien) etc. sind die derzeitigen Personalressourcen in der Reinigung und Küche nicht ausreichend.	Ja	
		97,50					
3	Gebäudemanagement	0,25	EG 9a		FD Service - Stundenaufstockung / Personalbedarf im Bereich Sporthallen- und Raumvergabe	ja, ab 01.03.2025	Einführung einer geeigneten Software zur Sport- und Turnhallenvergabe.
3	Gebäudemanagement	1,00	EG 10		FD Bauentwicklung und Ausstattung - Personalbedarf im Bereich Ausstattung: Innenarchitekt*in aufgrund SBI, Ausbau Ganztagesschule	Ja, ist besetzt	Aufgaben werden nach Besetzung wahrgenommen.
3	Gebäudemanagement	0,25	EG 8		FD Bauentwicklung und Ausstattung - Stundenaufstockung / Personalbedarf im Bereich Mittelplanung + Controlling und SB Ausstattung (Sportgerätebeschaffung und Wartung)	Ja, ist besetzt	Aufgaben werden nach Besetzung wahrgenommen.
3	Gebäudemanagement	0,50	EG 7		FD Verpflegung und Hygiene - Personalbedarf im Bereich Reinigung und Abfall (Verwaltungskraft) für die Erstellung eines einheitlichen Reinigung-Kontrollsystems, Einführung und Kontrolle eines Abfallkonzeptes mit dem Ziel die Abfallmenge zu reduzieren	Noch nicht besetzt, wird mit freien Stellen zur Vertretung GZ GM erweitert und ist im Ausschreibungsprozess	Aufgaben wurden teilweise zurückgestellt.
3	Gebäudemanagement	1,00	EG 11		Bau und Technik - Personalbedarf Architekt*innen oder Bauingenieure für SBI	Wird demnächst besetzt.	Zur Erfüllung der SBI.
3	Gebäudemanagement	1,00	EG 8		Bau und Technik - Personalbedarf Verwaltungssachbearbeitung im Rahmen SBI (Rechnungs- und Vertragswesen / Projektassistenz Projektleiter	Besetzt	Interne Bewerbung anderer FB.

3	Gebäudemanagement	1,50	EG 11			0,5 Projektleitung Architektur: Interimsanlagen zur Abdeckung des Raumbedarfs aufgrund von gestiegenen Schülerzahlen und wachsendem Bedarf an Ganztagsplätzen; Schulbauinitiative 0,5 Projektleitung Außenanlagen: Planung Außenanlagen im Rahmen der Schulbauinitiative, Umsetzung von Anforderungen Klimaanpassungsmaßnahmen (Hitzeschutz, Regenwassermanagement, Entsiegelung, Biodiversität) 0,5 Stelle Projektleitung Bauentwicklung: Weiterentwicklung SBI Prio 2 zur Klärung Schaffung Baurecht, Bauvoranfragen, Betreuung Bebauungspläne + Vorbereitung Prio 3	noch nicht besetzt.	Stelle konnte noch nicht besetzt werden. Aufgaben werden teilweise zurückgestellt.
3	Gebäudemanagement	0,50	EG 9a			Der Ausbau der Schulen im Rahmen der SBI auf dem aktuellen Stand der Technik und der vom Kreistag beschlossenen Standards erfordert zur Sicherstellung der Betreiberverantwortung den personellen Ausbau des Sachgebietes Wartung von derzeit zwei Verwaltungsstellen in EG 7 und EG 8 um eine weitere halbe Stelle in EG 9a. Diese Stelle soll mit einem Meister/Techniker der Technischen Gebäudeausstattung besetzt werden, um das Sachgebiet technisches und bauliches Wissen einzubringen.	noch nicht besetzt.	Stelle konnte noch nicht besetzt werden. Aufgaben werden teilweise zurückgestellt.
3	Gebäudemanagement	1,00	EG 6			Der Ausbau der Schulen durch ständig steigende Schülerzahlen und im Rahmen der SBI erfordert eine zusätzliche Hausmeisterstelle im SG Hausmeister. Die Berechnungsgrundlage erfolgt auf der Bemessungstabelle. Neben den Flächenzuwächsen wird die Neue Grundschule Raunheim mit einem neuen Gebäude in Betrieb genommen, so dass auch ein neuer Hausmeister dort eingesetzt werden muss.	ja	temporäre Fremdvergaben an externen Dienstleister.
		7,00						
4	Soziale Sicherung	7,41	EG 9a			Wohngeldbehörde, Bildung und Teilhabe Wohngeldstelle - Steigende Fallzahlen aufgrund der schlechten Einkommenslage (Kurzarbeit) um knapp 30 % sowie durch das Entlastungspaket Bundesregierung, Novellierung Wohngeldgesetz, Verdreifachung der Fallzahlen - vorerst Verdopplung der Stellen	Ja	keine
4	Soziale Sicherung	1,00	EG 10			Wohngeldstelle - weitere Sachgebietsleitung erforderlich aufgrund der steigenden Mitarbeiter*innen; Einhaltung der Leitungsspanne	ja	keine
4	Soziale Sicherung	2,00	EG 9b			FD Allgemeine Soziale Hilfen - Leistungssachbearbeitung SGB XII - Steigerung der Fallzahlen um ca. 10% aufgrund der steigenden Energiekosten	ja	keine
4	Soziale Sicherung	10,77	EG 9b			FD Besondere Soziale Hilfen - Sachbearbeitung AsylbLG; steigende Fallzahlen durch Krieg in der Ukraine sowie steigender Energiekosten (ca. 10% Fallzahlsteigerung) steigende Zuweisungszahlen Flüchtlinge seit dem 4. Quartal 2023 auf ca. 60 Personen wöchentlich (ca. 40 Fälle wöchentlich)	9,77 besetzt (Besetzung nach Bedarf)	keine

Stellenplan 2024 - Mehrstellen und Abgänge

TOP 7

4	Soziale Sicherung	0,77	EG 6		Personalbedarf EGH aufgrund Fallzahlsteigerung (auch ukrainische Flüchtlinge) - Rechnungs- und Serviceteam	ja	keine
4	Soziale Sicherung	1,00	EG 10		Einführung einer Sachgebietsleitung Krankenhilfe aufgrund der steigenden Anzahl an Mitarbeitenden und der somit steigenden Leitungsspanne	ja	keine
		22,95					
4	Asyl und Zuwanderung	1,00	S12		Personalbedarf Sozialarbeiter*innen - Fallzahlsteigerung Asylsuchender	Die VZ-Stelle mit 30 Stunden besetzt.	1 VZ - Stelle aufgrund freier Stellenanteile wird noch ausgeschrieben. Überlastungsanzeigen liegen vor.
4	Asyl und Zuwanderung	2,00	EG 8		Personalbedarf Verwaltungssachbearbeiter*innen - Fallzahlsteigerung Asylsuchender	Beide VZ-Stellen noch nicht besetzt	Schlechte Bewerberlage Überlastungsanzeigen liegen vor.
4	Asyl und Zuwanderung	1,00	EG 6		Personalbedarf Haustechnik - Fallzahlsteigerung Asylsuchender und steigende Anzahl an angemieteten Objekten (aktuell 305 Objekte)	Stelle noch nicht besetzt	wird ausgeschrieben Überlastungsanzeigen liegen vor.
4	Asyl und Zuwanderung	2,00	EG 9b		Personalbedarf Verwaltungssachbearbeiter*innen (Objektmanagement) - Fallzahlsteigerung Asylsuchender und steigende Anzahl an angemieteten Objekten (aktuell 305 Objekte)	1 Stelle wird zum 01.07.25 besetzt. 1 Stelle noch vakant.	1 vakante Stelle wird ausgeschrieben. Überlastungsanzeigen liegen vor.
		6,00					
4	Jugend und Familie	1,00	EG 9b		Kindertagsbetreuung /SG Kindertagespfl. Erweiterung des Aufgabebereiches und steigende Fallzahlen im Arbeitsbereich Finanzielle Förderung der Kindertagespflege + mit der Satzungsänderung gehen umfangreiche Änderungen in der Abwicklung, Ausbildung sowie dem Ausbau von Vertretungsstrukturen einher, was mit einem höheren Personalbedarf einhergeht	ja - 0,5 VzÄ nein - 0,5 VzÄ sind noch unbesetzt, da kurzfristige Rücknahme des Arbeitsvertrages durch ausgewählte Bewerber*in - weitere Ausschreibung	Verzögerung und Rückstände in bspw. der Berechnung und Auszahlung; Unterstützung durch SGL und weitere MA aus dem FD über Überstunden
4	Jugend und Familie	1,25	S12		Kindertagesbetreuung / Kindertagespflege - Personalbedarf aufgrund zahlreicher SGB VIII Reformen / Änderungen sowie der überarbeiteten Satzung Kindertagespflege	ja - 1,03 VzÄ nein - 0,22 Stellenanteil sind aufgrund Stundenreduzierungen der MAB noch vakant	Stellenbesetzungen erfolgten zum 01.02.25; es bestehen noch Rückstände und Verzögerungen
4	Jugend und Familie	3,00	S12		BSD / Pflegekinderdienst - Personalbedarf aufgrund SGB VIII Reform: Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) trat am 10.6.2021 in Kraft. Die damit einhergehenden Ziele des Gesetzgebers sind ein deutlich verbesserter Kinder- und Jugendschutz in Pflegefamilien, die Stärkung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien und Einrichtungen, Hilfen aus einer Hand für Kinder mit und ohne Behinderung, mehr Prävention vor Ort und mehr Beteiligung von jungen Menschen, Eltern und Familien.	ja	Aufgrund Kündigung einer Teilzeitkraft muss ein Teil aktuell erneut ausgeschrieben werden.
4	Jugend und Familie	1,00	S12		BSD / Jugendhilfe im Starfverfahren (JuHiS) - Fallzahlsteigerung, Erfüllung der Umsetzung der EU Richtlinie (2016/800) und damit einhergehende umfangreiche Veränderungen vor allem im Jugendgerichtsgesetz (JGG) und der Strafprozessordnung (StPO). Die neuen gesetzlichen Regelungen verändern an verschiedenen Stellen das Jugendstrafverfahren und sind auch für die Jugendhilfe im Strafverfahren (bzw. Jugendgerichtshilfe in der Begrifflichkeit des JGG) und die beschuldigten jungen Menschen folgenreich.	ja	Zwei weitere VZÄ sind zur vollumfänglichen Aufgabenwahrnehmung noch erforderlich (Stellenanträge wurden aufgrund der HH-Lage gestreckt)

4	Jugend und Familie	1,00	EG 10			BSD / Amtsvormundschaft - Personalbedarf aufgrund Gesetzesänderungen (SGB VIII Reform, Gesetz des Vormundschafts- und Betreuungsrechts). Nach Empfehlung der hessischen Jugendamtsleiter*innen erachtet auch der Sozialausschuss die Fallzahlabenkung auf den Richtwert 30 als adäquate Größe, um dem gesetzlichen Auftrag ab 01.01.2023 entsprechen zu können.	ja	./.
4	Jugend und Familie	1,00	EG 11			Einführung einer Sachgebietsleitung Amtsvormundschaft zur Entlastung der Fachdienstleitung aufgrund der Steigenden Personenzahl im Sachgebiet und der zahlreichen Aufgaben im Rahmen der SGB VIII Reform sowie Übernahme neuer Aufgaben durch die Vormundschaftsreform 2023	nein	Stellenbeschreibung erfolgt, Organisationsänderungsantrag genehmigt, Ausschreibung anstehend
4	Jugend und Familie	1,00	SuE 17			Allgemeiner sozialer Dienst ASD Aufgrund von Fallzahlensteigerung werden die vorhandenen 3 Regionalteams neu aufgeteilt und ein weiteres Regionalteam geschaffen. Für die Teamleitung ist eine weitere Sachgebietsleitung erforderlich.	ja	./.
4	Jugend und Familie	1,00	S14			ASD /umA - Personalbedarf aufgrund der Akquise von Unterbringungsmöglichkeiten sowie unklare Situation bzgl. ukrainische Flüchtlinge	ja	./.
4	Jugend und Familie	10,68	S14			ASD - Personalbedarf aufgrund Fallzahlsteigerung und mehrerer gesetzlicher Reformen seit 2019	ja/nein ein Großteil dieser Stellenanteile wurde besetzt	Aufgrund grundlegender Fluktuation (Schwangerschaft/Versetzung in andere FD/Kündigung) kann eine Stichtagsfeststellung der 10,68 VzÄ nicht erfolgen; es bestehen nach wie vor die Dauerausschreibung und mehrere vakante Stellen und eine noch aus der Vergangenheit andauernde Überlastung im gesamten FD, verstärkt durch die noch vorhandene Unterbesetzung und erforderliche Einarbeitung neuer Mitarbeitender.
4	Jugend und Familie	0,82	S15			Erziehungsberatungsstelle - Personalbedarf für: Beratung und Begleitung von Pflegeeltern nach § 37 a SGB VIII Beratung und Begleitung von Herkunftsfamilien nach § 37 Abs. 1 SGB VIII Zusammenarbeit von Eltern und Pflegeeltern nach § 37 Abs. 2, 37 c SGB VIII Umgangsbegleitung, Qualifizierung der Pflegeeltern, Beratung und Unterstützung sowie Förderung von Zusammenschlüssen von Pflegeeltern im Sinne von Selbsthilfegruppen Qualitätsentwicklung nach § 79a, § 77 Abs.2	nein in der Erziehungsberatung, ja in der Wirtschaftlichen und rechtlichen Jugendhilfe	Die Stelle wurde vor dem Haupt- und Finanzausschuss im Mai 2024 umgewidmet aufgrund massiven Engpasses im FD Wirtschaftliche und Rechtliche Jugendhilfe - Systembetreuung (Einführung GeDok 5) und dort besetzt. Die hier beschriebenen Aufgaben der Erziehungsberatungsstelle werden demnach nicht erfüllt. Eigentlich sind zur Bearbeitung dieser Aufgabe 3 VzÄ erforderlich; jedoch sollte vor dem Hintergrund des Haushaltes eine stufenweise Übernahme der Aufgabe erfolgen. Nun wird die Leistung nur auf Anfrage und dann mithilfe der Beauftragung eines externen Trägers erbracht. Bei aktiver Bewerbung (gem. SGB VIII) der Leistung kämen bei Vollausslastung drei VzÄ in der EB günstiger als die Beauftragung eines externen Trägers (Kostenpunkt 500.000,- €).
4	Jugend und Familie	1,00	S14			Stabstelle Steuerungsunterstützung - Verfahrenslotsen: neue Aufgaben durch die SGB VIII Reform (§§ 10a und 10b SGB VIII); ab dem 01.01.2024 ist der Einsatz von neu zu etablierenden Verfahrenslotsen gesetzlich vorgeschrieben. Verfahrenslotsen unterstützen bei der Verwirklichung von Ansprüchen auf Leistungen der EGH, wirken auf die Inanspruchnahme von Rechten hin und fungieren zudem als Vertrauens-, Vermittlungs- und Kontaktperson. Familien werden von verbindlichen Ansprechpartnern durch das gesamte Verfahren von einer einzigen Stelle begleitet, die ihre Rechte wahrnimmt.	nein, aber zum 1.4.25 besetzt	Es konnte eine Stellenbesetzung zum 01.04.25 erfolgen; bis dahin wurde die Leistung nicht angeboten, es liefen jedoch bereits Anfragen bei der Verfahrenslotsin Rüsselsheim und in der Eingliederungshilfe auf, die in Verantwortung dieser Stelle liegen.

4	Jugend und Familie	1,00	EG 9b		wirtschaftliche und rechtliche Jugendhilfe / UVG - Fallzahlsteigerung aufgrund minderjähriger Flüchtlinge aus der Ukraine (derzeit 500 im Kreis GG)	ja	./.
4	Jugend und Familie	1,00	EG 9b		Wirtschaftliche und Rechtliche Jugendhilfe: Fallzahlsteigerungen im Bereich der ambulanten Hilfen und der umA-Selbstmelder (aufwendiges Verwaltungsverfahren durch vorl. Inobhutnahme, Übergang zur Inobhutnahme, Übergang zur HzE) und für eine Verringerung der Abrechnungsfrequenz bei den Kostenerstattungen und damit eine Verringerung des Vorfinanzierungszeitraums	nein	wegen zunächst (Teil-)Befristung der Stelle zunächst keine Bewerber; nach mehrfacher Ausschreibung und Reduzierung der Stellenvoraussetzung dann eine Bewerbung; Besetzung erst mit Abschluss der Prüfung der Bewerberin in 06/2025 möglich; unveränderte Überlastung der vorhandenen Mitarbeitende
		24,75					
4	Gesundheitsamt	0,50	EG 9a		Sachbearbeitung Verdienstausschüttung § 56 IfSG	nein	interne Besetzung durch Aufgabenumverteilung
4	Gesundheitsamt	1,00	EG 6		Betreuungsbehörde - Aufgabenänderung und deutliche Aufgabenerweiterung durch neues Betreuungsgesetz (BtOG bzw. FamFG-neu) ab dem Jahr 2023	ja	
4	Gesundheitsamt	1,00	S12		Betreuungsbehörde - Aufgabenänderung und deutliche Aufgabenerweiterung durch neues Betreuungsgesetz (BtOG bzw. FamFG-neu) ab dem Jahr 2023	ja	
4	Gesundheitsamt	1,00	EG 11		Umweltingenieur*in - Schimmel in der Wohnung, Luftverschmutzung, Lärm und Allergien: die Umwelt birgt so manches Risiko. Einige Gesundheitsämter in Hessen (bspw. LK Gießen, Hochtaunuskreis) bieten mit einer Umwelthygiene-Beratung bei Fragen eine erste Anlaufstelle. Die/der Stelleninhaber*in befasst sich mit den Auswirkungen der mit Schadstoffen kontaminierten Umwelt auf den menschlichen Organismus. Eine präventive Umweltmedizin mit ihrem bevölkerungsbezogenen, dem Vorsorgeprinzip verpflichteten Ansatz ist seit jeher eine der wesentlichen Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die umweltmedizinische Arbeit erstreckt sich auf das Angebot einer individual-umweltmedizinischen Beratung (dem Erforschen, Erkennen und Vorbeugung von Gesundheitsstörungen, die durch Umwelteinflüsse bedingt sind) sowie bevölkerungs-medizinischen/-technischen Fragestellungen (Beratung und Betreuung einzelner Personen, die gesundheitliche Beschwerden mit Umweltfaktoren in Verbindung bringen).	nein	Stelle soll noch ausgeschrieben werden
		3,50					

4	Veterinärwesen	1,00	EG 11			Neuaufstellung Veterinäramt - Fachdienstleitung Lebensmittelüberwachung (KA-Beschluss XIX/0399 vom 20.07.2022) neue Aufgaben sowie Ausweitung bestehender Aufgaben in den Bereichen Tierschutz, Tiesegundheit inkl. Tierseuchenbekämpfung, Tierarzneimittelrecht und gesundheitlicher Verbraucherschutz, "One-Health-Konzept" der EU (Reduzierung der Infektketten, Eindämmung multiresistenter Keime; mehr Rechtsmitteleinlegungen, langwierige Verfahren, Strafanzeigen	Ja	
4	Veterinärwesen	1,00	A10			Neuaufstellung Veterinäramt - Verwaltungssachbearbeitung (KA-Beschluss XIX/0399 vom 20.07.2022) neue Aufgaben sowie Ausweitung bestehender Aufgaben in den Bereichen Tierschutz, Tiesegundheit inkl. Tierseuchenbekämpfung, Tierarzneimittelrecht und gesundheitlicher Verbraucherschutz, "One-Health-Konzept" der EU (Reduzierung der Infektketten, Eindämmung multiresistenter Keime; mehr Rechtsmitteleinlegungen, langwierige Verfahren, Strafanzeigen	ja	
4	Veterinärwesen	3,00	EG 9a			Neuaufstellung Veterinäramt - Tiergesundheitsaufseher (KA-Beschluss XIX/0399 vom 20.07.2022) neue Aufgaben sowie Ausweitung bestehender Aufgaben in den Bereichen Tierschutz, Tiesegundheit inkl. Tierseuchenbekämpfung, Tierarzneimittelrecht und gesundheitlicher Verbraucherschutz, "One-Health-Konzept" der EU (Reduzierung der Infektketten, Eindämmung multiresistenter Keime; mehr Rechtsmitteleinlegungen, langwierige Verfahren, Strafanzeigen	teilweise (2 von 3 Stellen sind besetzt)	
4	Veterinärwesen	1,00	EG 14			Neuaufstellung Veterinäramt - Tierarzt (KA-Beschluss XIX/0399 vom 20.07.2022) neue Aufgaben sowie Ausweitung bestehender Aufgaben in den Bereichen Tierschutz, Tiesegundheit inkl. Tierseuchenbekämpfung, Tierarzneimittelrecht und gesundheitlicher Verbraucherschutz, "One-Health-Konzept" der EU (Reduzierung der Infektketten, Eindämmung multiresistenter Keime; mehr Rechtsmitteleinlegungen, langwierige Verfahren, Strafanzeigen	ja	
4	Veterinärwesen	1,00	EG 9b			Neuaufstellung Veterinäramt - Lebensmittelkontrolle (KA-Beschluss XIX/0399 vom 20.07.2022) neue Aufgaben sowie Ausweitung bestehender Aufgaben in den Bereichen Tierschutz, Tiesegundheit inkl. Tierseuchenbekämpfung, Tierarzneimittelrecht und gesundheitlicher Verbraucherschutz, "One-Health-Konzept" der EU (Reduzierung der Infektketten, Eindämmung multiresistenter Keime; mehr Rechtsmitteleinlegungen, langwierige Verfahren, Strafanzeigen	ja	

[illegible]